

## Axel Vogel – Rede zur 3. Lesung des Landeshaushaltes 2010

Anrede,

die Finanzwelt ist aus den Fugen geraten. Wer von uns wäre vor einem Monat auf die Idee gekommen, dass Euro-Anleihen eines EU-Staates von den Finanzmärkten als Junk-Bonds eingestuft werden und in unseren Breiten das Wort vom Staatsbankrott die Runde macht. Und dass nicht nur ein europäisches Land, Griechenland, sondern inzwischen mehrere südeuropäische Länder der Eurozone von den internationalen Finanzspekulant\*innen zum Abschuss freigegeben sind. Was so martialisch klingt, ist pure Realität. Der Leiter der Bafin nannte dies gestern einen „Angriffskrieg auf die Eurozone“.

Jetzt rächt sich, dass die Weltgemeinschaft es bis heute nicht geschafft hat, die Institutionen und Akteure des Weltfinanzsystems, die Hedgefonds und Ratingagenturen, die „systemrelevanten Banken“ und deren Produkte an die Leine zu nehmen. Jetzt rächt sich, dass das Spielcasino der internationalen Finanzmarktjongleure nicht geschlossen wurde.

Für jedeN von uns wurde in den letzten Wochen erkennbar: Die internationalen Finanzmärkte richten sich in ihrem Handeln nicht an deutschen Landtagswahlterminen aus. Erkennbar wurde aber auch, wie erpressbar und Dritten hilflos ausgeliefert Länder werden, die über ihre Verhältnisse leben.

Die griechische Finanzkrise, die inzwischen eine europäische ist, zeigt uns aber auch schonungslos auf, dass die Fähigkeit zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik heutzutage die Schlüsselqualifikation jeder/s Politikerin/s sein muss.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik heißt dabei nicht nur mit dem verfügbaren Geld auszukommen, sondern dabei auch noch die (fach-)politischen Prioritäten zu setzen,

die ein Land zukunftsfest machen, oder mit den Worten des früheren schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson: "Nur ein Staat, der nicht länger über seine Verhältnisse lebt, hat seine Hände frei, seine Mittel gezielt für Zukunftsinvestitionen einzusetzen."

Doch wie sieht es hier bei den Verantwortlichen der rot-roten Mehrheit aus? bis heute wurde die in der Pressemitteilung vom 19.03.2010 von Herrn Görke formulierte Aussage „Alte Rezepte wie eine Konsolidierung der Haushalte über die Ausgabenseite - funktionierten schon in der Vergangenheit nicht“ nicht zurückgewiesen. Die SPD hat in den vergangenen Legislaturperioden – oder zumindest in der letzten Legislaturperiode – immer eine andere Auffassung vertreten. Ich denke, es ist in diesen Haushaltsberatungen deutlich geworden, dass die Sanierung nicht über die Einnahmeseite, sondern nur über die Ausgabenseite funktionieren wird.

Frühere Beispiele wie z.B. Schweden, dass in den 90er-Jahren aus eigener Erkenntnis massiv seine Ausgaben kürzte und so die Staatsausgaben in Ordnung brachte, zeigen nicht nur, dass dieser Weg möglich ist, sondern auch der einzig gangbare, wenn man noch Spielräume für selbständiges politisches Handeln erhalten will. Heute ist Schweden das EU-Land mit der niedrigsten Nettoneuverschuldung. Das Beispiel Griechenlands dagegen zeigt, dass einem Staat, der nicht beizeiten beginnt, Einnahmen und Ausgaben ins Lot zu bringen, die Kürzungen der Ausgaben irgendwann diktiert werden.

Die Probleme, die in Griechenland jetzt auftreten, sind nicht den Auflagen der EU und des IWF geschuldet, sondern das Ergebnis eines langjährigen Prozesses und Versagens der griechischen Regierungen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass heute im Bundestag über die Hilfen für

Griechenland abgestimmt wurde und die LINKEN gegen diese Hilfen gestimmt haben und die SPD sich enthalten hat, die Grünen aus europäischer Solidarität mit CDU und FDP gemeinsam für diese Hilfen gestimmt haben. In unserem Entschließungsantrag haben wir auch zum Ausdruck gebracht, dass wir für die Finanztransaktionssteuer sind. Aber allein die Tatsache, dass wir bei Randbedingungen andere Auffassungen haben, rechtfertigt es nicht, die Solidarität mit Griechenland zu verweigern.

Aber was für Staaten gilt, gilt genauso für die deutschen Bundesländer, deren Defizite in die Gesamtbilanz Deutschlands mit eingerechnet werden. Aus diesem Grund war die Einführung der von Brandenburg abgelehnten Schuldenbremse nur konsequent.

Schuldenbremse, das ist die in das Grundgesetz übernommene Übereinkunft des Bundes und der Länder, dass diese ab 2020 keine strukturelle – nicht überhaupt keine, sondern keine strukturelle - Neuverschuldung mehr zulassen dürfen und die Länder in den nächsten Jahren dafür die Voraussetzungen schaffen sollen.

Das sieht zumindest die Linke aber leider anders:

Ich finde es sehr bemerkenswert, dass bis heute auf der Internetseite der Links-Fraktion unter dem A-Z- Begriff „Haushaltspolitik“ als letzte „Aktuelle Meldung“ der Beschluss zur Einreichung der Organklage zur Schuldenbremse, zu finden ist. Hier heißt es wörtlich:

„Zudem stellt die Grundgesetzänderung einen tiefen Eingriff in das föderale System der Bundesrepublik dar. Den Ländern wird nach unserer Auffassung ein Teil ihrer haushaltswirtschaftlichen Selbstständigkeit und damit ihrer Eigenstaatlichkeit genommen. Die Landesverfassungen werden ausgehebelt und die Budgethoheit der Landesparlamente wird geschwächt. Denn bislang konnten die Länder selbst über die

Höhe ihrer Verschuldung entscheiden.“

Natürlich ist es grundsätzlich verständlich, wenn in den Bundesländern die Einnahmesituation des Staates beklagt wird und Möglichkeiten einer Einnahmeverbesserung gesucht werden. Allerdings erschließt sich dieses Jammern für Brandenburg nur bedingt. Im Gegensatz zu dem nach EinwohnerInnen vergleichbaren finanzschwachen westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein, dessen Etat rund 8 Mrd € umfasst, erhält Brandenburg mit seinem 10,5 Mrd € Haushalt wie auch die anderen neuen Bundesländer bis 2019 noch Solidarpaktmittel des Bundes, in einer Größenordnung zusammen mit dem Länderfinanzausgleich von 2,4 Mrd €. Dieser Betrag wird auch 2013 kaum zurückgehen. Von daher haben wir kein Einnahmeproblem in Brandenburg, sondern ein Ausgabeproblem, das wir dringend lösen müssen.

Die Einnahmen gehen also nicht schlagartig sondern nur in einem maßvollen Tempo zurück. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich unbegreiflich, dass die Regierung sich außerstande sieht die Neuverschuldung kurzfristig auf Null herunterzukürzen. Meine Fraktion hat in den Haushaltsberatungen Vorschläge gemacht und aufgezeigt, wie bereits im laufenden Haushaltsjahr Ausgabekürzungen um 205 Mio € möglich wären, ohne dass dies mit spürbaren Konsequenzen für die Landesverwaltung und die politische Handlungsfähigkeit des Landes verbunden wären. Verbunden mit dem Verzicht auf die in der aktuellen Finanzmarktsituation geradezu widersinnige Einzahlung von 200 Mio € in den Pensionsfonds könnten so 450 Mio im Haushalt 2010 eingespart werden.

Die globale Minderausgabe beinhaltete lediglich eine Anpassung der Haushaltszahlen an den aktuellen Bedarf. Nun werden sie, denke ich, im Haushaltsvollzug erwirtschaftet werden. Das ist nicht unbedingt ein Schaden. Der Finanzminister hatte

selber in der Vorstellung seiner Finanzplanung für 2011 dargelegt, dass er aufgrund des verantwortungsvollen Wirtschaftens der Ministerien im Personalbereich keine Probleme sieht, im Jahr 2011 auf Ansätze in Höhe 40 Millionen Euro zu verzichten, die bisher geplant waren. Ich denke, das wird sich bereits im Haushaltsvollzug dieses Jahr niederschlagen. Unser Ansatz war, dass die Haushaltsansätze mit dem tatsächlichen Bedarf in Einklang gebracht werden.

Bei der Personalplanung – das haben wir hier mehrfach deutlich gemacht – ging es uns zu keinem Zeitpunkt darum, Personalkürzungen auszuschließen, sondern es ging uns immer um einen aufgabenkritischen Prozess, in dessen Verlauf sich herausstellt, wie viel Personal in welchem Bereich mit welcher Dotierung wir benötigen.

18 Milliarden Euro Schulden, jährlich über 700 Millionen Euro Zinszahlungen bei einem Gesamtetat von rund 10 Milliarden Euro, von dem lediglich rund 5 Milliarden Euro aus Steuereinnahmen abgedeckt sind, 650 Mio Nettoneuverschuldung dieses Jahr und dann zaghafte Kürzungen um 150 Mio € pro Jahr, das sind die Zahlen, die in dieser Debatte zwar oft genannt, aber wohl noch nicht oft genug wiederholt wurden, um auch dem Letzten hier im Saale deutlich zu machen, dass es so nicht weitergehen kann.

Wenn wir berücksichtigen, dass sich die wesentlichen Einnahmeausfälle aus der Kürzung der Bundesergänzungszuweisungen erst zwischen 2013 und 2019 abspielen werden, dann reicht es nicht, bis 2014 einen „ausgeglichenen Haushalt“ zu erreichen, dann müssen wir bereits jetzt die Voraussetzungen schaffen, um die Einnahmeausfälle, die dann Jahr für Jahr um rund 200 Mio € ansteigen, verkraften zu können. Jeder weiß aus eigener Erfahrung, dass die ersten Einsparungen am leichtesten fallen und jeder weitere Euro Einsparsumme immer schwerer wird.

Mit Ihrem Haushalt und Ihrer Mittelfristigen Finanzplanung dokumentiert diese Regierung unzweideutig, dass sie über das Ende der Legislaturperiode nicht hinaus denkt. So kann man keine zukunftsfähige Politik gestalten.

Ich bin allerdings nicht so blauäugig zu glauben, dass die aktuelle Einnahmesituation des Landes das Nonplusultra darstellt. Natürlich müssen die größeren Vermögen und Finanzmarktspekulanten verstärkt zur Finanzierung unserer Staatsaufgaben herangezogen werden. Natürlich muss der Faktor Arbeit entlastet und der Ressourcenverbrauch zukünftig stärker belastet werden. Aber egal ob Vermögensabgabe oder Finanztransaktionssteuer, Reform der Einkommenssteuer oder verstärkte Ressourcenbesteuerung, immer ist der Bund zuständig und ist er nicht willig, dann sind die Länder schwach. Die Möglichkeiten des Landes, zusätzliche Steuern zu erheben oder den Kommunen das Recht auf Einführung neuer Verbrauchssteuern einzuräumen, sind beschränkt und darüber hinaus innerhalb des föderalen Systems geeignet, Standortnachteile hervorzurufen. Dies gilt auch und insbesondere für die Vorschläge aus den Reihen der FDP, die Gewerbesteuer abzuschaffen und stattdessen den Kommunen einen eigenständigen Hebesatz auf die Einkommenssteuer einzuräumen. Ich denke hier sollten alle Länder gemeinsam gegen aufstehen. Bevor nach einer Erhöhung der Grunderwerbssteuer gerufen wird, wäre es zunächst angesagt, einmal die Einnahmen zu realisieren, auf deren Erhebung man bislang sträflich verzichtet hat und die zudem keine Armen treffen.

Anrede

Nachhaltig und generationengerecht ist eine Politik nur dann, wenn die Nutzung aller notwendigen öffentlichen Güter aus den laufenden Einnahmen ohne neue Schulden finanziert werden können. Das ist die eine Seite der Medaille; die andere ist, dass die Ausgaben einen geeigneten Beitrag zur Lösung der Zukunftsprobleme des Landes und

der Menschheit leisten. Dabei wird die aktuelle Finanzkrise nur eine kleine Randnotiz in den großen Krisen unserer Zeit bleiben, wenn es uns nicht gelingt, endlich das Steuer umzuwerfen.

Die drei großen Menschheitskrisen heute sind  
die Klimakrise,  
der Verlust der Biologischen Vielfalt und  
die globale Gerechtigkeitskrise bei der Verteilung von Chancen und Ressourcen.

All diese Krisen sind zumeist von den Industrienationen, also auch von uns, verursacht und können auch nur mit unserer Hilfe gelöst werden. Was für die Verschuldung des Landes und die heranrollenden Einnahmeverluste gilt, gilt auch hier: Wegschauen hilft nicht, am Ende bricht alles nur noch viel schlimmer über uns herein.

Die Daten zur Klimakrise sind bekannt: Wenn es der Weltgemeinschaft nicht gelingt, den Trend immer weiter steigender Treibhausgas-Emissionen stoppen und umzukehren, dann wird die Begrenzung der Klimaerwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau verunmöglicht. Gegenwärtig ist der Globus eher auf dem Pfad zu einer Klimaerwärmung um bis zu 6 Grad. Die dramatischen Folgen in den natürlichen Systemen wie die absehbaren weltweiten Fluchtbewegungen will ich Ihnen jetzt nicht ausmalen. Verheerend werden auch die Folgen für unser Wirtschaftssystem sein, die der Ökonom Nick Stern mit wirtschaftlichen Schäden in unvorstellbaren 20 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts berechnet.

Also aller Grund zu handeln und alle Kräfte einzusetzen, nicht nur ,um so schnell wie möglich aus der zentralistischen Energieproduktion auf Basis fossiler Energieträger (zu deutsch und für Brandenburg: aus der Braunkohle) auszusteigen, sondern auch die

Weichen hin zu einem ressourcenschonenden und kohlenstoffarmen Konsummodell umzustellen. Hierbei *kann* das Land nicht nur, es *muss* mit gutem Beispiel vorangehen.

Aber wie ist die Realität? Fast Jahr für Jahr beklagt der Landesrechnungshof Energieverschwendung in öffentlichen Gebäuden. Der Landtag sitzt seit vier Legislaturperioden in diesem Gebäude, ohne dass jemals eine grundlegende energetische Sanierung stattgefunden hätte. Und das mit dem Hinweis darauf (das ist symptomatisch für die gesamte Debatte um die Zukunftsthemen in Brandenburg), dass später alles besser wird.

Umstellung der Energieversorgung der Landesbehörden auf Ökostrom: kein Thema; gravierende Verkleinerung des Fuhrparks und vollständige Umrüstung der Kfz-Flotte auf CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge: kein Thema. Absenkung der Normen und Standards im Straßenbau und damit einhergehende Haushaltskürzungen: kein schlechtes Thema, aber nicht erkennbar.

Über die Vorbildwirkung des Landes hinaus erforderte eine aktive und aktivierende Klimaschutzpolitik aber auch, dass Fördermittel des Landes nur nach vorherigem Klima- und Nachhaltigkeitcheck ausgereicht werden, dass Klimaschutz selbstverständlicher Bestandteil aller Handlungen der Landesregierung wird.

Aber betrachten wir dazu einmal den diesjährigen Handlungsschwerpunkt unseres Wirtschaftsministers, die Absicherung der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) am Standort Schönefeld. Während es in der Bildungspolitik nicht möglich war, nennenswerte Verbesserungen bei den Vertretungsreserven oder in der Qualifizierung der Lehrkräfte im Haushalt zu verankern, fließen für die Leistungsschau der Luftwaffenindustrie die Millionen. Für eine Waffenschau, bei der Frau Kaiser nach eigenem Bekunden vor wenigen Jahren noch als Gegendemonstrantin aufmarschierte,



macht die Koalition jetzt das Füllhorn auf. Geschätzte 10 Mio € Steuermittel pro Veranstaltung vertragen sich weder mit solider Haushaltspolitik noch mit irgendeinem Nachhaltigkeitsanspruch – oder will uns hier irgendjemand erzählen, dass das Hauptaugenmerk bei Kampfflugzeugen jetzt auf den Einsatz von Biodiesel und Fotovoltaik gerichtet ist?

Kommen wir zum Verlust der Biologischen Vielfalt, ein für das Leben der Menschheit möglicherweise noch bedrohlicheren Thema als der Klimawandel. So hatte die EU Mitte des Jahrzehnts mit dem Slogan „Stopp the Loss“ das Ziel formuliert den Verlust der Biologischen Vielfalt innerhalb der Gemeinschaft bis 2010 zu stoppen und den Trend umzukehren. Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Biodiversität, am 15. März 2010 haben die EU-Umweltminister nunmehr kapituliert und die für 2010 proklamierten Ziele um 10 Jahre auf 2020 verschoben. Das folgt übrigens einem gängigen Muster, dass auch in Brandenburg in der Wandlung der Energiestrategie 2010 in die Energiestrategie 2020 seine Entsprechung fand.

Keine 12 Tage später, nämlich am 26. März 2010, haben die deutschen Bundesländer bereits ihre Position zu dem neuen Biodiversitätskonzept der EU (Bundesrats-Drs. 29/10) formuliert. Diesem bemerkenswerten Text ist zu entnehmen, dass die Folgen des Verlustes der Arten- und Lebensraumvielfalt und der genetischen Ressourcen den Ländern bekannt sind. Ich zitiere:

„Der Bundesrat zeigt sich besorgt über die Aussage, dass viele Ökosysteme in Europa und weltweit sich so genannten "tipping-points" annähern, deren Überschreiten mit einem weitgehenden Kollaps dieser Systeme einhergeht.“

Ebenfalls keinen Grund zum Optimismus gibt die Aussage, dass lediglich 17 Prozent der am stärksten gefährdeten Lebensräume und Arten in Europa einen günstigen Erhaltungszustand aufweisen, wie ihn die Richtlinie vorsieht.

Weiter:

„Die Aussage, dass die biologische Vielfalt neben ihrem intrinsischen Wert, wie er etwa in der Convention on Biological Diversity (CBD) anerkannt worden ist, einen Dienstleistungswert besitzt, der bisher kaum ökonomisch abgebildet wird, ist zu unterstreichen. Die von der TEEB vorgelegten Studien hierzu bilden offensichtlich nur einen ersten Schritt auf einer Erkenntnisleiter. Neben dem deshalb drohenden immensen Verlust an wirtschaftlichem Wohlstand und der ungerechtfertigten Beeinträchtigung des intrinsischen Wertes biologischer Vielfalt ist auch der empfindliche Rückgang an natürlicher Lebensqualität für den Menschen zu befürchten.“

Soweit die Erkenntnisse des Bundesrates. Interessant ist aber, welche Konsequenzen die deutschen Bundesländer ziehen: Nicht nur, dass sie bei der Umsetzung der von der EU vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz der Biologischen Vielfalt vor „zusätzlichen Restriktionen für notwendige wirtschafts- und verkehrspolitische Infrastrukturmaßnahmen“ warnen, nein, sie machen sich auch umfassend Gedanken über die Unfinanzierbarkeit der Gegenmaßnahmen. Ich zitiere:

„Die Haushaltssituation in den Ländern ist so angespannt, dass die übrigen und sich weiterhin ausweitenden Pflichtaufgaben kaum noch geleistet werden können. Vor diesem Hintergrund ist die Übernahme weiterer Pflichtaufgaben ohne finanziellen Ausgleich nicht möglich. Schon die Umsetzung des jetzigen EU-Rechts stellt die Länder vor erhebliche Personal- und Haushaltsprobleme. Bei der zwingend notwendigen Reduzierung der Neuverschuldung sind Überlegungen zur Anhebung des Finanzierungsvolumens nur bei Bereitstellung der Mittel durch die EU akzeptabel.“

Man betrachte die Diskrepanz. Zuerst wird das Umkippen ganzer Ökosysteme

geschildert, der drohende Verlust an wirtschaftlichem Wohlstand an die Wand gemalt, um danach jegliche Verantwortung von sich zu weisen, da die notwendigen Maßnahmen nur mit zusätzlichen EU-Mitteln finanziert werden könnten.

Vielleicht macht es an dieser Stelle Sinn, einmal daran zu erinnern, dass der brandenburgischen Landwirtschaft pro Jahr mehr als 500 Millionen Euro an EU-Mitteln zufließen. Unbestritten ist, dass die industrielle konventionelle Großraumlandwirtschaft und Massentierhaltung einen entscheidenden Anteil am Verlust der Biologischen Vielfalt hat. Nicht mehr Geld ist nötig, sondern eine konsequente Ausrichtung der Fördermittel an der Erbringung ökologischer Leistungen für die Allgemeinheit. Allerdings war die Landesregierung nicht einmal, in der Lage in ihrem Haushaltsentwurf eine Unterscheidung zwischen Agrarumweltmaßnahmen und flächenbezogenen Leistungen vorzunehmen. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Steigerung des Vertragsnaturschutzes ist sowieso nur Makulatur. So verspielt man mit Haushaltspolitik Zukunftsfähigkeit.

Kommen wir zur globalen Gerechtigkeitskrise bei der Verteilung von Chancen und Ressourcen. Erstmals in der Geschichte der Menschheit ist die Zahl der chronisch von Hunger betroffenen Menschen auf über eine Milliarde angestiegen. Noch mehr Menschen haben keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder auch nur zu sauberem Trinkwasser.

Kein Mensch erwartet, dass dieses Problem mit den Mitteln der Brandenburger Haushaltspolitik zu lösen ist. So begrüßenswert es ist, 60.000 € für die ehrenamtliche Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt einzustellen, so ist dies nicht mehr als ein symbolischer Akt. Mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass unser Reichtum wesentlich auf der Ausbeutung der Bodenschätze und Arbeitsleistungen der sogenannten „Dritten Welt“ beruht. Das Gefühl vieler Menschen außerhalb Europas

und Nordamerikas, jetzt auch endlich einmal „dran zu sein“, ist verständlich und dennoch wissen wir, dass ein Auto für jeden Erwachsenen, eine jährliche Urlaubsreise mit dem Flugzeug und ein täglicher Braten für jeden Menschen die Ressourcen unserer Erde überfordern.

Wir müssen runter mit unserem Energieverbrauch und unserem Fleischkonsum; wir müssen raus aus unserer Wegwerfgesellschaft, wenn wir es mit der Idee einer solidarischen Weltgemeinschaft ernst meinen. Wir müssen uns auf eine Welt einrichten, in der wir dauerhaft ohne Wachstum des Ressourcenverbrauchs auskommen werden; wir müssen herausfinden, wie sich Vaclav Havels Vision einer Welt in der Fortschritt an verringertem Konsum gemessen wird, verwirklicht werden kann.

Wir müssen letztendlich eine Gesellschaft schaffen, die ohne permanentes Wirtschaftswachstum und d.h. auch in ihrem Staatshaushalt ohne ständig wachsende Staatsausgaben zurecht kommen kann und dennoch ein lebenswertes Leben für alle Bewohner eines Landes gewährleistet.

Wir wissen: Der Wohlstand ist nicht nur zwischen Nord und Süd ungerecht verteilt sondern auch innerhalb der Industrienationen; auch innerhalb unseres Landes wachsen die sozialen Ungleichgewichte. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Wir wissen auch, dass die Einflussmöglichkeiten auf die Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Bundesland über den Landeshaushalt nur begrenzt sind. Die entscheidenden Weichenstellungen trifft der Bund. Alles was wir verglichen mit den bundesgesetzlich geregelten Sozialausgaben des Bundes und der Leistungen der Sozialversicherungsträger bewegen können, bleibt marginal.

Es gibt allerdings eine große Ausnahme, das ist die Alleinzuständigkeit der Länder für die Ausgestaltung und Finanzierung des Bildungssystems. Der vorhin zitierte schwedische Ministerpräsident Göran Persson, der ob seiner radikalen Reformen der schwedischen Staatsfinanzen von Mitgliedern seiner sozialdemokratischen Partei auf das Unflätigste beschimpft wurde, rührte einen Posten nie an, den Bildungsetat.

Inzwischen ist es Allgemeingut, dass die Grundlagen für den sozialen Aufstieg, für die Verteilung von Zukunftschancen auf die Mitglieder der Gesellschaft in der schulischen und vorschulischen Bildung gelegt werden. Die Landesregierung hat mit dem Bafög für Schülerinnen und Schüler zwar den Versuch unternommen, hier für mehr Chancen für Kinder aus benachteiligten Familien zu sorgen, aber das Bafög greift deutlich zu spät: nämlich erst ab Klassenstufe 11. Jugendliche, die aber schon Klasse 11 erreicht haben, haben den Sprung zumeist jedoch schon geschafft.

Die Mittel, die also in das zu spät greifende Instrument SchülerInnen-Bafög fließen, wären deutlich sinnvoller dafür geeignet, um die individuelle Förderung im schulischen und früh-kindlichen Bildungsbereich zu verbessern. Unsere Änderungsanträge zeigten im Ansatz, wie es gehen könnte:

So haben wir beantragt, dass sowohl der Schulpool aufgestockt wird als auch die Vertretungsreserve von 3 % auf 5 %. Die knapp 7 Millionen Euro – keine hohe Summe in Anbetracht des Gesamtvolumens des Haushaltes - die hierfür von uns veranschlagt werden, kommen direkt den Lernenden zugute, da mehr Lehrerinnen und Lehrer zu Verfügung stehen, die sich um die individuellen Bedürfnisse der Kinder kümmern können. Zugleich kann die Lehre verbessert werden, da die Lehrenden bei weniger zeitlicher Arbeitsbelastung mehr Energie in die Qualität der Lehre stecken können.

7 Millionen Euro für die Qualität der Bildung in Brandenburg sind für uns ein erster

Schritt in die richtige Richtung: nämlich Bildung statt Beton – unsere Maßgabe für Bildungsinvestitionen (in Brandenburg).

Anrede,

dieser Haushalt ist aus unserer Sicht weder geeignet, das Problem der Schuldenkrise noch das Problem der sozialen Gerechtigkeit im Bildungssektor anzupacken. Er ist nicht geeignet, Antworten auf die anderen entscheidenden Herausforderungen wie Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt zu geben.

Deshalb müssen wir den Haushaltsentwurf dieses Jahr noch ablehnen. Man soll ja aber die Hoffnung nicht aufgeben, dass unsere Kritik am Haushalt 2010 im Haushalt 2011 aufgegriffen wird und Sie uns im nächsten Jahr die Kritik nicht zu leicht machen.

Herzlichen Dank.